

Antrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Udo Theodor Hemmelgarn, Frank Magnitz, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Tino Chrupalla, Dr. Gottfried Curio, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Franziska Gminder, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Leif-Erik Holm, Johannes Huber, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Steffen Kotré, Dr. Lothar Maier, Andreas Mrosek, Volker Münz, Frank Pasemann, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Wohnungsnot substanziell bekämpfen – Migration als Ursache für Wohnungsnot benennen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Deutschland herrscht Wohnungsnot. Selbst Menschen mit mittlerem Einkommen können, dort wo es Arbeit gibt, also in den Ballungsgebieten, kaum noch eine bezahlbare Wohnung finden. Es fehlen knapp 2 Millionen Wohnungen (Hans Böckler Stiftung, Studie Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten, 2018).

Die Bundesregierung hat vergeblich versucht, mit der Mietpreisbremse (Mietrechtsnovellierungsgesetz – MietNovG vom 21.4.2015, Mietrechtsanpassungsgesetz – MietAnpG vom 18.12.2018) und anderen wohnungsbaupolitischen Maßnahmen (Sozialer Wohnungsbau, Baukindergeld) Abhilfe zu schaffen. Erreicht wurde im Ergebnis nichts. Die Situation für die Wohnungssuchenden in den Ballungsräumen hat sich nicht verbessert (Handelsblatt, Artikel Frühjahrsgutachten Warum Immobilienpreise und Mieten auch 2019 steigen, 19.2.2019).

Wenig hilfreich ist dabei, dass die Mehrwertsteuer die Mietnebenkosten in die Höhe treibt und dass das Baukindergeld noch nicht einmal im Ansatz die Kosten beim Wohnungs- oder Hauskauf (Grunderwerbssteuer, Grundbuchkosten, Notar- und Maklergebühren, Mehrwertsteuer) kompensiert. Ganz zu schweigen von immer neuen Öko-, Umwelt- und Klimaauflagen, die die Baukosten unerbittlich in die Höhe treiben (tagesschau.de, Artikel Wie der Staat das Wohnen verteuert, 29.5.2019).

Gleichzeit wird Deutschland mit einer großen Migrationsbewegung konfrontiert. Seit 2011 ist die Zuwanderung stark angestiegen, im Mittel auf ~ 525.000 pro Jahr, in der Spitze 2015 ~ 1,1 Millionen (destatis, Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2017). Das bedeutet, jährlich kommt in Deutschland eine Stadt wie Hannover oder Dresden durch Zuwanderung dazu.

Asylbewerber werden, nachdem sie ihr Asylbegehren geäußert haben, mittels des EASY-Systems (Erstverteilung der Asylbegehrenden) auf die Bundesländer verteilt. Die Bundesländer verteilen die Asylbewerber, nachdem sie ihren Asylantrag gestellt haben, an die Städte und Gemeinden. Diese Verteilung erfolgt in jedem Bundesland nach eigenen Regeln, die sich in den meisten Bundesländern an den Einwohnerzahlen orientieren. Städte und Gemeinden bekommen die Asylbewerber zwangsweise zugewiesen und haben in diesem Verfahren keine Entscheidungsbefugnisse (Robert Bosch Stiftung, Studie Flüchtlinge regional besser verteilen, 2016).

Berechtigte politische Forderungen nach Einrichtung von Schutz- und Asylzentren in Nordafrika zur Durchführung des Asylverfahrens wurden bislang nicht umgesetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in Verhandlungen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, die zwangsweise Verteilung von Asylbewerbern an Städte und Gemeinden zu beenden.

Städte und Gemeinden sollen künftig die Möglichkeit erhalten, Zuweisungsentscheidungen aus übergeordneten wohnungs- und sicherheitspolitischen Gründen ganz oder teilweise abzulehnen, wenn nicht genügend Wohnunterkünfte zur Verfügung stehen oder geschaffen werden können oder sonst eine Überlastung der Infrastruktur oder die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder des gesellschaftlichen Friedens oder die Beeinträchtigung der Sicherheit innerhalb der Städte und Gemeinden zu befürchten ist. Eine entsprechende Regelung kann § 12a des Aufenthaltsgesetzes nachgebildet werden, der ebenfalls aus übergeordneten Gründen des Gemeinwohls – hier aus integrationspolitischen Gründen – geschaffen wurde, und die Länder bzw. Kommunen ermächtigt, positive oder negative Wohnsitzregelungen zu verfügen.

Städte und Gemeinden, die Zwangsmaßnahmen wie die Mietpreisbremse zur Regulierung des Wohnungsmarktes verhängt haben, sind grundsätzlich von der Verteilung von Asylbewerbern auszuschließen.

Die Bundesländer sollen zusätzlich das Recht erhalten, die Zuteilung von Asylbewerbern von der Bundesregierung einzuschränken oder ganz abzulehnen, insbesondere unter Berücksichtigung der Entscheidungen der Städte und Gemeinden.

Die Bundesregierung soll dem Bundestag eine Änderung des Asylgesetzes vorlegen.

Berlin, den 31. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Deutschland hat eine Bevölkerungsdichte von 237 Einwohnern pro Quadratkilometer und ist damit von den großen Flächenstaaten Europas einer der am dichtesten besiedelten (destatis, Tabelle Bevölkerungsdichte Ländervergleich weltweit 2017).

Was treibt die Bevölkerungsentwicklung? Betrachtet man die „natürliche“ Bevölkerungsentwicklung, also den Abgleich der Geburten mit den Todesfällen, fällt auf: seit 2010 schrumpft die Bevölkerung in Deutschland im Mittel um ~ 175.000 pro Jahr (destatis, Statistisches Jahrbuch 2018, Tabelle 2.2.1 Geborene und Gestorbene insgesamt). Jedes Jahr verschwindet eine Stadt wie Hamm oder Saarbrücken.

Außerdem ist seit 2004 in Deutschland eine stetige Abwanderungsbewegung deutscher Staatsbürger zu beobachten, jährlich im Mittel um ~ 45.000 (destatis, Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis

2017). Eine mittelgroße Stadt wie Gotha oder Hof wandert jedes Jahr ins Ausland ab.

Eigentlich müsste es ein Überangebot an Wohnungen geben, eigentlich müsste die Infrastruktur systematisch aufgrund fehlenden Bedarfs reduziert werden. Tatsächlich findet aber etwas anderes statt: Die Bevölkerung wächst (destatis, Statistisches Jahrbuch 2018, Tabelle 2.1.2 Bevölkerungsentwicklung Deutschlands). Der Unterschied zwischen „natürlicher“ und „realer“ Bevölkerungsentwicklung erklärt sich aus der Zuwanderung.

Seit 2011 ist die Zuwanderung stark angestiegen, im Mittel auf ~ 525.000 pro Jahr, in der Spitze 2015 ~ 1,1 Millionen (destatis, Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2017). Seit 2011 kommt in Deutschland jährlich eine Stadt wie Hannover oder Dresden durch Zuwanderung dazu.

Die Zuwanderung kompensiert damit nicht nur den „natürlichen“ Bevölkerungsschwund und die Abwanderung, sie führt im Ergebnis zu einem Bevölkerungszuwachs wie in den 50er und 60er Jahren. Das heißt aber auch, dass der Wohnungsbau, ja die gesamte Infrastruktur (Verwaltung, Straßen, Krankenhäuser), wie in den 50er und 60er Jahren wachsen müssten, um Engpässe und Mangelwirtschaft zu vermeiden.

Die Bedarfsprognosen für den Wohnungsbau, aber auch für die anderen Infrastrukturbereiche, haben weitgehend nur die „natürliche“ Bevölkerungsentwicklung im Blick gehabt. Die Planung war auf einen Bevölkerungsrückgang ausgerichtet, die Erfordernisse der tatsächlichen Zuwanderung wurden absichtlich oder fahrlässig ausgeblendet.

Zur Verdeutlichung: in den 50er, 60er und 70er Jahren wurden im Mittel ~ 600.000 Wohnungen pro Jahr gebaut, in der Spitze 1973 ~ 810.000. Seit der Jahrtausendwende werden im Mittel ~ 235.000 Wohnungen pro Jahr gebaut, im Minimum 2009 ~ 158.000 (destatis Bauen Wohnen 2017 Baugenehmigungen Baufertigstellungen). Es werden also absehbar viel zu wenige Wohnungen gebaut. Der „reale“ Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung führt zwangsläufig zu einer Verknappung von Wohnungen.

Aber anders als in den 50er, 60er und 70er Jahren gibt es heute kaum noch Flächenreserven in den Städten. Als Beispiel, in Karlsruhe, ~ 300.000 Einwohner, müssten dringend neue Wohnungen gebaut werden, mehr als 20.000 im nächsten Jahrzehnt. Doch die vorhandenen Flächen ermöglichen selbst unter Ausnutzung der letzten urbanen Reserven aber nur den Bau von etwa 12.000 Wohnungen (Stadt Karlsruhe, Bauen Wohnen 2015). Ein weiteres Beispiel, in Stuttgart, ~ 620.000 Einwohner, entspricht das Wohnbauflächenpotential nur etwa einem Drittel der prognostizierten Wohnungsnachfrage durch Bevölkerungszuwachs, nur das Ausweichen in die Region schafft Entlastung, dann entsteht aber ein Verkehrs-Problem (Stadt Stuttgart, Wohnungsmarkt 2017). In vielen Städten in Deutschland dürfte die Lage ähnlich sein. Es werden also nicht nur zu wenige Wohnungen gebaut, es gibt auch kaum noch Platz in den Städten, um ausreichend Wohnungen zu bauen. Der Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung stößt an strukturelle Grenzen der Stadtplanung, will man die Zersiedelung der Landschaft vermeiden.

Der Wohnungsmarkt ist ein ganz normaler Markt mit Angebot und Nachfrage. Wir alle sind Teil dieses Marktes als Nachfrager und Anbieter. Er hat aber eine Besonderheit, er reagiert sehr träge auf Veränderungen, schlicht weil Bauen in Deutschland so viel Zeit benötigt. Plötzliche politische Einflüsse wirken sich da umso gravierender aus. Nicht der Markt versagt, der Markt funktioniert hervorragend, es sind fragwürdige politische Entscheidungen, die Angebot und Nachfrage so verzerrt haben.

Schwindendes Vertrauen in die Währung, Negativzins-Politik, Kapitalflucht in Betongold und Verzerrungen durch ausländisches Fluchtkapital. Die wirklichen Probleme anzugehen, würde bedeuten, dass die Bundesregierung Fehler eingestehen müsste, doch davor drückt sie sich. Stattdessen versucht sie reflexartig, den Wohnungsmarkt durch Regulierung zurecht zu biegen, den Mangel zu verwalten, anstatt ihn zu beseitigen. Weder die Mietpreisbremse noch die Absenkung der Modernisierungumlage schaffen eine einzige Wohnung mehr. Nur mehr Wohnungen oder weniger Zuwanderung entlasten den Markt und beenden die Wohnungsnot.

Solange die Bundesregierung unsere Grenzen nicht wirksam schützt, wird sich die Wohnungsnot in Deutschland weiter verschlimmern. Die Wohnungsnot entsteht fast ausschließlich durch direkte Zuwanderung aus dem Ausland.

